

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Cannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Wochentl. 8 mal. / Bezugspreis: Monatl. 1.24 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Die Kasse der Zeitung in Folge von Gewalt ob. Betriebsstörung behält kein Anspruch auf Abholung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Nr.: „Lannblatt“ / Telel. 11

Nummer 286

Altensteig, Mittwoch den 7. Dezember 1927

51. Jahrgang

Der Fall Reubell und das Reichskabinett

Das Schreiben des Reichskanzlers an Ministerpräsident Braun

Berlin, 6. Dez. Reichskanzler Dr. Marx sandte dem preussischen Ministerpräsidenten Braun auf sein Schreiben vom 30. v. M. nachstehende Antwort:
Ich bestätige den Eingang Ihres Schreibens vom 30. v. M. bezüglich des Telegramms des Herrn Reichsministers des Innern Dr. v. Reubell an den Vorstand der Deutschen Studentenschaft. — Zunächst wolle ich gegenüber Ihrer Behauptung, daß es sich um eine starke Beschränkung und einen „offensiven Angriff“ gehandelt habe, darauf hin, daß die Wortfassung des Telegramms in keiner Weise als anstreifend bezeichnet werden kann und auch keinerlei amtlichen Zusatz und Charakter getragen hat. Außerdem liegt mir daran, namens der Reichsregierung festzustellen, daß Herr Minister v. Reubell ein Anstrich gegen die Person des Herrn Staatsministers Dr. Becker oder eine Kränkung völlig fernzulegen hat. Die Reichsregierung glaubt sich im Übrigen mit Ihnen, Herr Ministerpräsident, darin einig zu wissen, daß Abgeordnete lediglich deshalb, weil sie gleichzeitig ein hohes Staatsamt bekleiden, eine nach der Verfassung jederseits zulässende politische Meinungsäußerung, sofern sie sachlich gehalten, nicht vermehrt werden können. Daraus kommt, daß es sich bei dem Telegramm um eine Meinungsäußerung zu einer Frage handelt, die von der preussischen Staatsregierung selber nicht im Wege einer Entscheidung gelöst, sondern der Abstimmlung und damit der Öffentlichkeit unterbreitet war. Selbstverständlich kann in solchen Fällen die Entscheidung, ob ein persönlicher oder politischer Akt beachtlich ist, oft schwierig sein. Die Reichsregierung erklärt deshalb, daß das Telegramm keinen Schlag auf die Ansichten der Reichsregierung zuläßt, die überzogen zu dem in Frage stehenden studentischen Problem überhaupt nicht Stellung genommen hat.

Sie können, Herr Ministerpräsident, davon überzeugt sein, daß ich wie überall alles daransetzen werde, ein möglichst reibungsloses und vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Reich und Preußen zu ermöglichen. Gerade aus diesem Grunde bedauere ich aber die Veröffentlichung Ihres Briefes, die kaum eine Stunde nach seiner Abgabe bei mir seitens der preussischen Staatsregierung erfolgt ist, jedoch s. B. die übrigen Mitglieder des Reichskabinetts von ihm zunächst aus den Tagesgesprächen Kenntnis belamen. Eine solche Veröffentlichung hat die Reichsregierung in Fällen, die ohne Zweifel viel schwerwiegender liegen, stets vermieden. Aus den gleichen Motiven heraus sehe ich mich außerstande, auf den nach Form und Inhalt ungewöhnlichen Schlußsatz Ihres Briefes einzugehen. Anstatt der Veröffentlichung Ihres Briefes sehe ich mich selbstredend im vorliegenden Falle genötigt, auch das Schreiben der Reichsregierung der Öffentlichkeit zu übergeben.

Mit dem Ausdruck meiner vorwärtigen Hochachtung Ihr (ges.) Dr. Marx.

Die Berliner Presse zum Kanzlerbrief an Braun

Berlin, 6. Dez. Die deutschnationale Presse stimmt der Antwort des Reichskanzlers Dr. Marx an den preussischen Ministerpräsidenten Braun in der Angelegenheit des Reubelltelegramms zu unter Herbeiführung der sachlichen Form, die sich vorteilhaft von der des Braun'schen Briefes unterscheidet. Die „Tägliche Rundschau“ erklärt, daß die Antwort des Reichskanzlers durchaus dem politischen und verfassungsmäßigen Zustande gerecht werde. Die „Germania“ liest aus der Reichskanzlerantwort eine leichte Mißbilligung des Verhaltens des Reichsinnenministers heraus, wenn diese auch nicht offen ausgesprochen werde. Die „Vossische Zeitung“ sagt, daß mit dem Schreiben die Reichsregierung bekunde, daß sie die deutschnationale Stellungnahme zu der Frage des Studententumults nicht zu der ihren mache, sondern sie ablehne. Anders beurteilt der „Vorwärts“: Man konnte von Herrn Marx nichts anderes erwarten. Er ist so gut wie keine eigene Partei der Gefolgsmänner des Bürgerblocks und der den Bürgerblock führenden Partei, der Deutschnationalen.

Politische Streiflichter

Die Zersplitterung des politischen Parteiwesens ist zwar nicht auf Deutschland allein beschränkt, immerhin hat sie in Deutschland so große Fortschritte gemacht, daß die Grundlage des Parlamentarismus leicht dadurch verwischt werden kann. Wenn wir auch von dem Zustand, daß jeder Deutsche seine eigene Partei bildet, noch recht weit entfernt sind, so sind nichtsdestoweniger gewisse Anzeichen in dieser Richtung schon festgestellt. Einzelne Länder haben der weiteren Zersplitterung des Parteiwesens dadurch vorbeugen versucht, daß sie den Wahlgesetzen besondere Bestimmungen einfügten, die sich auf die Neubildung von Parteien beziehen. So wird z. B. eine größere Zahl von Unterschriften verlangt bei der Einrichtung der Wahllooschläge; es wird aber auch die Leistung einer Kaution gefordert, die dem Staate verfällt, so-

fern auf den Wahlloosschlag kein einziger Abgeordneter gewählt wird. Solche Bestimmungen finden sich auch in den Wahlgesetzen der Länder Hessen, Hamburg und Mecklenburg-Strelitz. Es läßt sich nur nicht sagen, daß das den Erfolg hatte, der beabsichtigt war, nämlich die Zersplitterung des Parteiwesens einzuschränken. Bei diesen Wahlen ist vielmehr als ganz neue Partei die sogenannte Volksrechtspartei aufgetreten, was aber nur eine Umschreibung für schon früher beobachtete Aufwertergruppen ist. Die Volksrechtspartei, die bei den Wahlen in den einzelnen Ländern schlechte Geschäfte gemacht hat, will nun den Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich anrufen, um auf Grund des Artikels 19 der Reichsverfassung die Beseitigung der einschränkenden Bestimmungen gegen die Parteierspaltung in den Ländern zu fordern. Der Staatsgerichtshof hat tatsächlich einen Termin auf den 17. Dezember angesetzt, in dem zunächst gegen die Länder Hessen, Hamburg und Mecklenburg-Strelitz verhandelt werden soll. Wenn der Staatsgerichtshof zu dem Beschluß kommt, daß der Artikel 19 der Reichsverfassung verletzt sei, so wird nichts anderes übrig bleiben, als die Landtagswahlen zu wiederholen. Dann aber wird es wohl Pflicht des Reiches sein, den Artikel 19 so ausulegen, daß der weiteren Zersplitterung des Parteiwesens irgend ein Regel vorgeschoben werden kann. Verfassungsmäßige Rechte werden dadurch nicht verletzt, denn es bleiben ohnedies Parteien genug übrig, die dem größten politischen Auswahlsbedürfnis standhalten.

Kun ist auch ein Zwischenbericht des Kommissars für die auf Grund des Dawesplanes verpfändeten Reichseinnahmen erschienen. Die Zweckmäßigkeit dieser Zwischenberichte leuchtet nicht ohne weiteres ein. Die Veranschlagung liegt nahe, daß die Kommissare nicht nur Bericht erstatten, sondern darüber hinaus auch Ratsschlüsse erteilen, die nichts anderes sind als Eingriffe in die Finanz- und Steuerpolitik des Reichstages. Interessant ist der Zwischenbericht auch nur, weil er auch für die misstrauischen Gläubigerstaaten den einwandfreien Beweis erbringt, daß Deutschland keine Steuerkraft auf das äußerste angepannt hat. So ist die durchschnittliche Steuerbelastung beim Tabak von 1,60 je Kilogramm im Jahre 1913 auf 6,60 Mark je Kilogramm im Jahre 1926 gestiegen. Beim Bier sind die Vergleichszahlen 1,30 und 5,20 Mark je Hektoliter, beim Branntwein 115 und 270 Mark, ebenfalls je Hektoliter.

Geschichte Regisseure haben die Teilnahme Sowjetrusslands an der letzten abgeschlossenen Konferenz dazu benutzt, die Russen auch mit England wieder in eine gewisse Luchsführung zu bringen. Zwar ist die russische Delegation am Montag vormittag bereits aus Genf abgereist, sie hat aber ihren Führer, Herrn Litwinow, in Genf zurückgelassen, mit der ausdrücklichen Bestimmung, noch eine Begegnung mit dem englischen Außenminister Chamberlain herbeizuführen. Es geht ein unmittelbares konkretes Ergebnis kann daraus natürlich nicht erwartet werden, und man wird sich überdies immer vor Augen halten müssen, daß Chamberlain gegenwärtig aus gewissen innerpolitischen Gründen darauf angewiesen ist, von seiner selbstbestimmten Haltung Rußland gegenüber nicht allzu kräftigen Gebrauch zu machen. Immerhin glauben wir, daß die psychologischen Auswirkungen dieser ersten Begegnung nicht unterschätzt werden dürfen. Im deutschen Interesse ist es dabei zweifellos gelegen, daß zwischen Moskau auf der einen, Paris und London auf der anderen Seite eine gewisse Entspannung eintritt.

Der Völkerbundsrat und die Danziger Frage

Der Völkerbundsrat ist wieder zu seiner programmatischen Tagung zusammengetreten. Von denjenigen Fragen, die das deutsche Interesse besonders berühren, dürften die verschiedenen Danziger Fragen besondere Aufmerksamkeit finden. Der Völkerbundsrat hatte sich zwar schon im September dieses Jahres mit Danziger Angelegenheiten beschäftigt, aber auf keinem Gebiete eine klare Entscheidung gefällt, sondern vor Erlass einer Entscheidung die Einholung von neuen Informationen für notwendig befunden.

An erster Stelle stehen die Frage des polnischen Munitionslagers auf der Halbinsel Westerplatte und des polnischen Anlegehafens für polnische Kriegsschiffe in Danzig. Was die Frage des Munitionslagers anbetrifft, so handelt es sich um eine Streitfrage, die schon seit längerer Zeit die Beziehungen zwischen Polen und Danzig verhärtet. Polen hatte im Jahre 1924 eine Entscheidung des Völkerbunds-

missars durchgeführt, durch die es das Recht erhielt, auf der dem Staate Danzig gehörenden Halbinsel Westerplatte ein Lager für die Lösung und den Transport von Kriegsmaterial zu errichten. Die Freie Stadt sieht in dem Bestehen eines solchen Munitionslagers eine ständige Gefahr für Leib und Leben der Bevölkerung. Der „Danziger Heimatsdienst“, der alle Parteien und Schichten Danzigs umfaßt, hat vor einiger Zeit in einer ausführlichen, an den Völkerbund gerichteten Denkschrift auf die durch ein solches Munitionslager entstehenden Explosionsmöglichkeiten hingewiesen und Abhilfe vom Völkerbund verlangt. Unabhängig hiervon hat Danzig das Recht für sich in Anspruch genommen, mit seinen eigenen Sicherheitsorganen für den Gefahrenschutz bei Munitionsentladungen Sorge zu tragen, es erklärt mit Zug und Recht, daß es Leben und Eigentum seiner Staatsangehörigen nur dann schützen könne, wenn es selbst die nötigen Sicherheitsmaßnahmen ergreife, also seine Polizei auf die Halbinsel schicken könne. Dieses Recht hat der Völkerbundskommissar Danzig abgesprochen. Auf der Septembertagung des Völkerbundes ist zunächst die polnische Regierung aufgefordert worden, ihre Bemerkungen zu dem Kern der Frage vor dem 15. Oktober 1927 zu formulieren und an den Völkerbundskommissar weiterzureichen. Dieser sollte sie dann der Danziger Regierung zur Kenntnis geben und mit einem eigenen Bericht an den Völkerbund weiterleiten.

Die ganze Frage hat ein anderes Gesicht erhalten, seitdem der Hofen von Gdingen von Polen als Kriegs- und Munitionshafen ausgebaut ist. Damit entfällt für Polen die Notwendigkeit, Munition auf der Westerplatte zu entsorgen. Aus demselben Grunde ist auch Danzigs Forderung berechtigt, das provisorische Abkommen über den Aufenthalt polnischer Kriegsschiffe im Danziger Hafen aufzuheben.

Unentschieden ist auch noch der Streit um das Klagerrecht der Danziger Eisenbahner und der Streit um die Herstellung von Flugzeugen auf Danziger Staatsgebiet.

Die Ratstagung vom Dienstag

Genf, 6. Dez. Der Völkerbundsrat hat in seiner zweiten öffentlichen Sitzung, auf deren Tagesordnung neben verschiedenen Rechts- und Finanzfragen als wichtigster Punkt die internationale Konferenz zur Aufhebung der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen steht, einen eingehenden Bericht des Präsidenten dieser Konferenz, des früheren holländischen Ministerpräsidenten Colijn, entgegengenommen.

Präsident Colijn bezeichnete Hauptzweck dieser in der zweiten Oktoberhälfte abgehaltenen Konferenz die Wiederherstellung eines den Vorkriegsverhältnissen entsprechenden wirtschaftlich normalen Zustandes. Nur Verbote, die dem Schutze höherer Interessen in der öffentlichen Ordnung, der Gesundheit von Tieren und Pflanzen usw. dienen, sollten zugelassen bleiben. Wegen der mannigfaltigen und großen Hindernisse ist es jedoch nicht möglich, sofort alle Verbote aufzuheben. Es zeigte sich im Gegenteil als notwendig, gewisse Vorbehalte aufzunehmen, die zahlenmäßig gering, aber sachlich sehr bedeutend sind. Ich will nur die Parbstoffe in Bezug auf England und Kohlen in Bezug auf Deutschland und der Tschechoslowakei, Schrott und Metallabfälle für etwa ein Dutzend Länder anführen. Es wurde jedoch von den interessierten Parteien ausdrücklich die Verpflichtung übernommen, sie fallen zu lassen, sobald die Umstände befristet sind, die zu ihrer Begründung dienen. Um diesen Vorbehalt zeitlich zu beschränken, wurde eine Rundernennung vereinbart, die den Vertragspartnern volle Freiheit zum Erlaß von Ein- und Ausfuhrverboten wiedergibt, falls die vereinbarten Ausnahmefälle innerhalb von drei Jahren, d. h. bis zum 6. November 1930, nicht aufzuheben werden. Diese Ausnahmefälle wurden sehr genau umschrieben, um jede mißdeutliche Rechtsauslegung hierin und für jeden Vertragspartner mota-Begründung „nationale Verteidigung“ auf den Handel mit Wsch fast unmöglich zu machen. So bleibt die Anwendung der Waffen, Munition und Kriegsmaterial beschränkt.

Reichsminister Dr. Stresemann legte dem Räte den Bericht vor, in welchem die Bedeutung der Ausführungen Colijns unterstrichen und der Dank des Rates für seine Tätigkeit ausgesprochen wird. In dem Bericht wird vorgeschlagen, den Wortlaut der Konvention auch den Nichtmittelländestaaten unter Auforderung zum Beitritt zu übermitteln. Der Völkerbundsrat genehmigte den Bericht ohne Debatte. Ferner wurde auf deutschen Antrag beschlossen, das Wirtschaftskomitee des Völkerbundes mit der Vorbereitung einer technischen Konferenz zu beauftragen, durch die eine internationale Verständigung zum Schutze von Tieren und Pflanzen gegen Krankheit erzielt werden soll. Schließlich soll das Wirtschaftskomitee auch eine Verständigung der Regierungen über die Abschaffung der Ausfuhrverbote für Häute und Knochen behandeln.

Die Beschlüsse des Völkerbundsrats
Der Völkerbundsrat ist nach mehr als zweistündiger Sitzung kurz vor 1 Uhr zu einer nichtöffentlichen Sitzung zusammengetreten. Die nächste öffentliche Sitzung wurde auf Mittwoch



normiert angelegt. In der heutigen öffentlichen Sitzung wurden die meisten Punkte der Tagesordnung ohne Aussprache erledigt, so der Beschluß, der die ungarische Regierung ermächtigt, den Restbestand der Völkerbundsanleihe in Höhe von 22 Millionen Goldfranken für produktive Zwecke zu verwenden und der weitere Beschluß, das Studienkomitee zur Durchführung des Staatsanleihekommens über die Gründung des Weltnothilfeverbandes unter dem Vorsitz des früheren Reichsministers und späteren Präsidenten der Weltnothilfeversammlung, Dr. K. A. L. S., einzuberufen und das Datum dieser Tagung im Einklang mit dem Generalsekretär des Völkerbundes festsetzen zu lassen. Bei Behandlung des Berichts über die Tätigkeit des Opiumausschusses stellte Reichsminister Dr. Stresemann fest, daß die deutsche Regierung bisher ihr Bestes getan hat, um wirksam an der Einschränkung und Bekämpfung der Mißbräuche mit Opium und anderen schädlichen Drogen mitzuwirken. Die von Deutschland bei Unterzeichnung der Opiumkonvention gemachten Vorbehalte müsse Deutschland so lange aufrecht erhalten, als in dem geplanten Zentralkonferenz kein deutscher Sachverständiger sei.

In seiner nichtöffentlichen Sitzung ernannte der Rat den Präsidenten der internationalen Konferenz zur Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote den Holländer Colijn zum Präsidenten der diplomatischen Konferenz, die im nächsten Sommer die Konvention zur Aufhebung der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen endgültig in Kraft setzen soll. Außerdem wurden die Präsidenten der 4 Investitionsausschüsse für Deutschland, Oesterreich, Ungarn und Bulgarien, deren Mandate Ende Januar 1928 ablaufen, neu bestellt. Der Rat bestätigte dabei das Mandat des französischen Generals Barotier als Vorsitzenden des Investitionsausschusses für Deutschland und des holländischen General Schuurmann als Präsidenten des Investitionsausschusses für Bulgarien; für Oesterreich wurde neu ernannt der italienische General Calcagno und für Ungarn der englische General Elton.

Neues vom Tage

Ein Zwischenfall im badischen Landtag

Karlsruhe, 6. Dez. Im badischen Landtag kam es heute mittig zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Präsidenten und den kommunistischen Abgeordneten. Der Präsident hatte einen Antrag bekanntgegeben, wonach die Interpellation zur Tabakarbeiterausperrung und ein kommunistischer Antrag zu demselben Gegenstand von der Tagesordnung abgesetzt werden sollten, nachdem die Ausperrung inzwischen ihre Ende gefunden und die Regierung sich bereit erklärt hatte, den hart betroffenen Tabakarbeitern den Betrag von 40 000 Mark zur Verfügung zu stellen und nötigenfalls noch weitere Fürsorgemaßnahmen zu ergreifen. Hiergegen erhob der Kommunist Bod heftigen Widerspruch und zog drei Ordnungsrufe zu. Als sich die Kommunisten immer noch nicht beruhigten, wurde die Sitzung auf zehn Minuten unterbrochen. Nach der Wiederaufnahme verlangte der Abgeordnete Bod abermals das Wort zur Geschäftsordnung, das ihm jedoch nicht erteilt werden konnte, weil geschäftsordnungsmäßig über den bekanntgegebenen Antrag sofort abzustimmen war. Da die erregten Zwischenrufe des Hauses weiter andauerten, sah sich der Präsident schließlich veranlaßt, den Abgeordneten Bod von der Sitzung auszuschließen. Des Hauses bemächtigte sich große Erregung, weil Bod sich weigerte, den Saal zu verlassen. Mehrere Abgeordnete versuchten ihn unter Hinweis auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung zu beruhigen. Die Sitzung wurde abermals unterbrochen und während der Pause verließ der Abgeordnete Bod den Sitzungssaal.

Veränderungen in der deutschen Auslandsdiplomatie

Berlin, 6. Dez. Für den zum Botschafter in Washington ernannten Dr. von Prittwitz und Gaffron ist die vorliegende Legationsrat Dr. Smeend zum Botschafter an der deutschen Botschaft in Rom bestimmt. Zum Nachfolger des deutschen Gesandten im Haag, Freiherrn Lucius von Stoedten, der zur Wiederherstellung seiner Gesundheit einen längeren Urlaub angetreten hat, ist der zurzeit im Auswärtigen Amt beschäftigte Gesandte Graf von Zeh-Burkersrode auserselben.

Die polnische Königskrone August des Starken ausgesunden
Dresden, 6. Dez. Nach den „Dresdener Neuesten Nachrichten“ wurden bei Aufräumungsarbeiten für eine Neuaufstellung einiger Säle im historischen Museum die lange für verschollen gehaltenen Kronkleinodien August des Starken, nämlich Krone, Scepter und Reichsapfel unter allerhand Requisiten für Maskenaufzüge entdeckt.

22,5 Millionen Fehlbetrag im Thüringer Etat

Weimar, 6. Dez. In der heutigen Landtagssitzung erklärte Finanzminister Toebe, daß der ursprüngliche Fehlbetrag aus dem Haushaltsentwurf der Regierung sich durch Neueinstellungen von 10 Millionen Mark auf circa 22,5 Millionen Mark erhöht habe. Für 1928 rechnet der Minister schon jetzt einen Fehlbetrag von 30 Millionen voraus. Der vorliegende Etat sei daher nicht durchführbar, weil die Mittel zur Deckung des Fehlbetrages nicht zu erhalten seien. Unter solchen Verhältnissen wäre auch eine Besserung des Finanzausgleiches zwischen Thüringen und dem Reiche nicht zu erwarten.

Die Initiative der preussischen Regierungsparteien in der Beschlagnahmefrage

Berlin, 6. Dez. Wie die „Vossische Zeitung“ zu wissen glaubt, wird innerhalb der Parteien der preussischen Regierungskoalition erwogen, die Frage der Beschlagnahmung öffentlicher Gebäude, Straßen und Plätze durch Initiativgesetz endgültig zu regeln. In dem neuen Gesetz soll bestimmt werden, daß die Beschlagnahmung öffentlicher Gebäude eine Angelegenheit der Landeshoheit ist und somit nur von der allgemeinen Landesverwaltung geregelt wird. Eine Beschlagnahmung von Gebäuden, die Einrichtungen öffentlichen Charakters sind, soll das Staatsministerium bestimmen.

Ein Schlichter für die Eisenindustrie
Köln, 6. Dez. Der „Kölnischen Zeitung“ zufolge hat der Reichsarbeitsminister in dem schwebenden Streit in der Großeisenindustrie das Schlichtungsverfahren in Gang gesetzt und den Schlichter für Rheinland, Dr. Jötter, der bisher schon bei den Vorverhandlungen als vermittelnder Vorsitzender tätig war, beauftragt, als amtlicher Schlichter den Fall an sich zu ziehen, falls die Verhandlungen der beiden Parteien in Düsseldorf ergebnislos bleiben sollten.

Deutscher Reichstag

Ablehnung der Mißtrauensanträge

Berlin, 6. Dezember.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 16 Uhr. Die Besprechung der Interpellationen über die Rollase im Aachener Gebiet, in der Pfalz und im Bezirk Trier, sowie über die Verkehrsverhältnisse in Schlesien wird fortgesetzt.

Abg. Stellung-Oppeln (Soz.) betont, daß die Fragen der Grenzbevölkerung das ganze deutsche Volk berühren. Besonders schwer leide Oberschlesien, wo Grenzbedingungen schlimmster Art vornehmlich seien.

Abg. Wendenmuth (Soz.) erklärt, beinahe die ganze Provinz Schlesien sei notleidend. Die Einsetzung eines Reichskommissars für Schlesien sei dringend zu wünschen.

Abg. Knohl (Zentr.) schildert die Verhältnisse in Rheinbessen, wo auf 10 000 Einwohner 400 Mann Besatzung kämen. Neben industriellen Betrieben seien dort schon 500 Handwerksbetriebe zurunde gegangen.

Oberregierungsrat Dr. Edward erklärt als Vertreter der bessischen Staatsoberleitung, dessen sei enttäuscht darüber, daß die Verminderung der Besatzung für das Bessenland kaum irgendwie fühlbar geworden sei.

Abg. Schulte-Breslau (Ztr.) unterstreicht die Bedeutung der nationalen und wirtschaftlichen Gefährdung des deutschen Ostens.

Abg. von Freitag-Lorinschoven (Dnt.) bezeichnet die Mittelung, daß in diesem Jahre für das Wohnbauprogramm keine Mittel vorhanden seien, als eine schwere Enttäuschung für Niederschlesien.

Damit sind die Interpellationen erledigt. Angenommen wird ein Antrag, den Verkehrsausschuß zu beauftragen, einen Bericht über die Verkehrsfragen des Ostens zu erstatten.

Es folgt die Abstimmung über die Mißtrauensanträge der Sozialdemokraten und Kommunisten, über die in einer Abstimmung gemeinsam entschieden wird. Für die Mißtrauensanträge stimmen mit den Sozialdemokraten und Kommunisten die Demokraten, die Nationalsozialisten und der Abg. Dr. Weich (Ztr.). Völkische und Wirtschaftspartei enthalten sich, während die Hannoveraner und Bayerische Bauernbündler mit den Regierungsparteien dagegen stimmen. Die Mißtrauensanträge werden mit 229 gegen 192 Stimmen bei 14 Enthaltungen abgelehnt.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der ein Verkehrsprogramm für den Aachener Bezirk fordert, wird angenommen.

Das Haus verläßt sich. Mittwoch 15 Uhr: Krankenschwäger für Seelente, Bericht des Rubrausschusses.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 7. Dezember 1927.

Vom Württ. Schwarzwaldverein

Der Württ. Schwarzwaldverein veranstaltete am Sonntag, den 4. Dezember vorm. in Stuttgart eine Trauerfeier zum ehrenvollen Gedenken an seinen allbeliebtesten Ehrenpräsidenten Prof. Dr. Karl Enderich und an seinen treuen Mitarbeiter und hochherzigen Förderer Dr. Ing. e. h. Dr. phil. Oskar Jungmans, ersten Vorsitzenden und Ehrenmitglied der Ortsgruppe Schramberg und Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses für das Gedächtnishaus auf dem Hohrenbühl.

Eine außerordentliche Hauptversammlung am Nachmittag sollte die Frage klären, ob der Württ. Schwarzwaldverein das Schulhaus in Buhlbach, Gemeinde Baiersbrunn, als Wanderheim erwerben sollte. Volle Uebereinstimmung bestand darüber, daß es ein wenn auch fernes, so doch planmäßig anzustrebendes Ziel des Württ. Schwarzwaldvereins sein müsse, entlang der Nord-Süd-Richtung des Schwarzwaldes eine Kette von Wanderheimen zu erwerben. Trotz der Vorzüge, die Bau und Lage des Schulhauses boten und trotz des verständnisvollen Entgegenkommens, das die Gemeinde Baiersbrunn, die Eigentümerin des Hauses, zeigte, entschloß sich die Hauptversammlung, mit Rücksicht auf die unklaren wirtschaftlichen Verhältnisse, auch in Anbetracht der nahe zurückliegenden Belastung durch die Erstellung des Gedächtnishauses, dem zu liebe lange Zeit andere, nun drängende Pläne zurückstehen mußten, auf den geplanten Kauf zu verzichten.

Saatensstand in Württemberg zu Anfang Dezember.

Landesdurchschnitt (1 gleich sehr gut, 2 gleich gut, 3 gleich mittel, 4 gleich gering, 5 gleich sehr gering): Winterweizen 2,7 (anfangs November 2,8), Winterdinkel 2,7 (2,8), Winterroggen 2,9 (2,7) Wintergerste 2,7 (2,5). Der Monat November brachte starke Niederschläge zum Teil in Form von Schnee ohne daß jedoch eine Schneedecke entstanden wäre. Dank der durch die Niederschläge bewirkten kräftigen Durchfeuchtung des Bodens konnte die durch die vorherrschend trockene Oktoberwitterung erschwerte und verzögerte Ueferung der Wintersaaten allenthalben vollends durchgeführt werden, ganz vereinzelt hatten noch manche Felder der Einsaat. Im großen ganzen sind die Saaten befriedigend entwickelt; nur ganz späte Saaten sind noch etwas zurück und können noch nicht sicher beurteilt werden. Die mehrschicht im Monat November vorgekommenen Fröste hoben mitunter etwas Schaden verursacht; auch ist mancherorts Schaden durch Schneedenfraß an Roggen wahrzunehmen. Desgleichen treten da und dort noch immer die Feldmäuse, besonders in jungen Kleefeldern, schädigend auf.

Aus dem Oberamt Freudenstadt

Freudenstadt, 6. Dez. (40jähriges Jubiläum.) Oberpostinspektor Reuscheler konnte letzter Tage sein 40jähriges Dienstjubiläum feiern. Von diesen 40 Jahren entfallen 27 1/2 Jahre auf die Zugehörigkeit zum Postamt Freudenstadt. Aus Anlaß der Vollendung der 40jährigen Dienstzeit hat Oberpostinspektor Reuscheler ein Glückwunsch- und Anerkennungs schreiben des Herrn Reichspräsidenten erhalten, dem sich der Herr Präsident der Oberpostdirektion Stuttgart mit einem Schreiben gleichen Inhalts anschloß. Auch die Berufsorganisation des Jubilars hat des Tages in einer ehrenvollen Inschrift gedacht. Zur Feier dieses Jubiläums versammelten sich am Sonntag abend die Beamten des Postamtes mit ihren Angehörigen fast vollständig im Postersholungsheim, um auch ihrerseits den Jubilär zu ehren.

Aus dem Lande

Herrenberg, 6. Dez. (Resultatlose Versteigerung.) Gestern sollten auf dem Rathaus die Gebäude des Konsumvereins versteigert werden. Das vordere Haus ist hypothekarisch belastet mit 38 000 RM., das hintere Haus mit Scheuer mit 20 500 RM. Da nur ein Angebot mit 9000 RM. für beide Häuser gemacht wurde, wurde der Zuschlag natürlich nicht erteilt. Dem Vernehmen nach soll versucht werden, die Gebäude unter der Hand zu verkaufen.

Stuttgart, 6. Dez. (Geschäftsverlegungen.) Das große Gebäude Ede Friedrich- und Fürstenstraße, in dem außer zahlreichen Läden auch das Resthotel untergebracht ist, ist von der Stuttgarter Gewerbetasse käuflich erworben worden, da sie ihre Geschäftsräume dorthin verlegen will. 50. Geburtstag. Professor Paul Bonah an der Lehrstuhlabteilung der Technischen Hochschule, der Erbauer des Stuttgarter Hauptbahnhofes, konnte am Dienstag die Feier seines 50. Geburtstages begehen.

Lebendig begraben. Montag abend erschien in weißen Kleidern To Kha, der eine Stunde vor Beginn seines 120stündigen Schlafes noch eine regelrechte Abendmahlzeit eingenommen hatte, in Begleitung von Sanitätern und zwei hiesigen Ärzten in der großen Stuttgarter Stadthalle. To Kha, ein großer, beliebter Mann von etwa 50 Jahren, ließ sich zunächst vor den Zuschauern fünf lange Nadeln durch Wangen, Ohren und den Hals und stieg dann in den Sarg, der mit einem Glasdeckel zugedeckt wurde. Als er trat Schaum aus seinem Munde, ein leichtes Zittern und To Kha war in seinen Schlaf versunken, der eine völlige Kerosenschlafung darstellte. Der Sarg wurde dann mit einem 10 Meter langen Band umschnürt, die Enden des Bandes auf dem Sarg verriegelt, in die Erde gesenkt, oben mit Brettern zugedeckt, worauf das Grab mit Erde ganz zugeschüttet wurde. Auf dem Kopfende des Sarges steht auf behördliche Anweisung ein Schächtel, durch den das Publikum den Todeschläger betrachten kann. Am Samstag abend wird der Sarg geöffnet und To Kha soll unverändert wieder aus dem Grabe steigen.

Tödlicher Unfall. Beim Versuch, einen anderen Motorradfahrer zu überholen, fuhr in der Landhausstraße ein 30 Jahre alter Motorradfahrer auf ein Pferdewagen auf. Er wurde bei dem Zusammenprall vom Rad geschleudert und brach das Genick, so daß der Tod sofort eintrat.

Stuttgart, 6. Dez. (Neues F D - Zugspaar Berlin - Stuttgart.) Auf der Europäischen Fahrplan-Konferenz, die kürzlich in Prag tagte, wurde beschlossen, zwischen Berlin und Stuttgart vom 15. Mai bis 30. September nächsten Jahres ein neues F D - Zugspaar 12-11 einzulegen, um dadurch eine neue Tagesverbindung Berlin - Jülich und zurück zu schaffen. Die Strecke Berlin - Stuttgart wird mit diesem neuen Zuge in 10 Stunden, Berlin - Jülich in 15 1/2 Stunden zurückgelegt.

Stuttgart, 6. Dez. (Ausbau der Solitude-Kennstrecke?) Bürgermeister Dr. Siglos und Stadtschultheiß Trund von Leonberg haben in letzter Zeit in Berlin mit den Reichsbehörden wegen Ausbaues der Solitude-Kennstrecke verhandelt. Wie der „Schwäbische Merkur“ hört, besteht jetzt Aussicht, daß das Reich und die Stadt Stuttgart die Ausbauarbeiten finanzieren. Nur das württ. Ministerium des Innern verhält sich nach wie vor ablehnend. Vorgelesen ist, die Kennstrecke auf acht Meter zu erweitern, Tribünen zu errichten und die Spitzkurve bei Ettingen zu beseitigen. Vom Gleisfeld aus soll als Kennstrecke in Zukunft die Rabentalstraße in Frage kommen. Die Kosten für diese Arbeiten werden auf 1,5 - 1,6 Millionen Mark geschätzt.

Schrozberg, 6. Dez. (Schultheißenwahl.) Bei der am Sonntag vorgenommenen Schultheißenwahl ging der bei der ersten für ungültig erklärten Wahl am 4. September mit 359 Stimmen Mehrheit gewählte Verwaltungspraktikant Hirschburger aus Aalen wiederum als Sieger hervor. Es entfielen auf Hirschburger 854, auf Obersekretär Bauer-Mergentheim 304 Stimmen.

Frungen O A. Saulgau, 6. Dez. (Brand.) In der Küche des dem Landwirt Albert Hanfler in Tafren gehörigen Wohnhauses, das von der Familie des Schreiners Albert Aukter bewohnt wurde, brach Feuer aus. Als es entdeckt wurde, hatte es schon so weit um sich gegriffen, daß die Familie Aukter das Haus nur noch durch die Fenster verlassen konnte. Das Haus brannte bis auf den Erdboden nieder.

Friedrichshafen, 6. Dez. (Vom neuen Zeppelin.) Das neue Zeppelinluftschiff Z. 3. 127 ist mit Wochenschluß nun so weit in der Montage des Targkörpers vorgeschritten, daß 24 Ringe von der Mitte nach der Spitze, d. h. 120 Meter Tragkörperlänge fertiggestellt sind. Vom Ring 199 bis zur äußersten vorderen Spitze fehlen noch 15 Meter. Die Spitze selbst mit 4 Meter Höhe wird auf dem Hallenboden montiert. An der Montage des Gerippes sind zurzeit 55 Mann mit Ueberstunden beschäftigt.



Leonberg, 6. Dez. (Schwerer Autounfall.) Bei der Linde auf der Stuttgarter Straße fuhr ein Herr Jauch aus Eßlingen mit seiner Frau, seinem Schwager und dessen Frau in seinem neu erworbenen Auto. Die Kurve konnte er nicht nehmen. Das Auto geriet in den Straßengraben und wurde schwer demoliert. Einer der Insassen wurde schwer verletzt, der andere Herr und eine Dame mit leichteren Verletzungen ins Bezirkskrankenhaus verbracht, während die zweite Dame unverletzt davonkam.

Eßlingen N. Leonberg, 6. Dez. (Brand.) Am Samstagabend brannte die Scheuer des Julius Köcke völlig ab. Der Feuerwehrgelung gelang es, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken.

Kornweßheim, 6. Dez. (Vom Schnellzug überfahren.) Der 17jährige W. Schmeißer von hier ging am Rande des Bahnsteigs in Feuerbach spazieren, als eben der Schnellzug durchfuhr. Dieser erfaßte ihn, warf ihn unter die Räder und zermalmte ihn. Die beklagten Eltern trafen die Hubschiffahrt bei der Weihnachtsfeier des Gesangsvereins „Flügelrad“.

Heutingsheim, N. Ludwigsburg, 6. Dez. (Ueberfahren.) Am Samstag nachmittag wollte der 47 Jahre alte Landwirt Karl Kapsenstein auf dem Bahnhof eine Fahrt nach Holz machen. Auf dem Heimweg gingen seine beiden Kühe in der Nähe des Güterschuppens mit dem beladenen Wagen durch. Bei dem Versuch, die Kühe zu halten, fiel Kapsenstein so unglücklich zwischen Zugtier und Vorderrad, daß beide Räder über ihn hinweggingen. Mit Hilfe eines in der Nähe stehenden Autos wurde er sofort in das Bezirkskrankenhaus gebracht, wo er nach wenigen Stunden seinen Verletzungen erlag.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Fünf Kinder im brennenden Hause eingeschlossen
Berlin, 7. Dez. In Grainet (Bayerischer Wald) war im Hause eines Gülters ein Brand ausgebrochen. Fünf Kinder, darunter ein Wiegengind, waren in der Wohnstube, deren Tür von innen verriegelt war. Die Mutter, die selbst schwer verletzt wurde, versuchte, ihre Kinder den Flammen zu entreißen. Sie konnte aber nur vier, die alle lebensgefährliche Verletzungen erlitten, retten, während das letzte ein Opfer der Flammen wurde. Der Brand brach dadurch aus, daß die Kinder Benzin auf die heiße Ofenplatte gegossen hatten.

Wagenzusammenstoß in Hoboken
Newyork, 6. Dez. Auf dem Viadukt von Hoboken fuhr ein überfüllter Straßenbahnwagen in einen stehenden, überfüllten Bahnwagen hinein. Mehr als 40 Personen sind verletzt, einige davon schwer.

Studentenausbreitungen in Rumänien
Budapest, 6. Dez. In Großwarden versammelten sich einige tausend Studenten aus Siebenbürgen und aus dem Gebiete des Königreiches. Dabei kam es zu Demonstrationen gegen die Juden und schließlich gegen die Magyaren. Dabei gab es Tote und Verwundete.

Handel und Verkehr.

Wirtschaft

Von Industrie und Handwerk. Der Ausschußrat der Brauerei Wulff & Co. schlägt eine Erhöhung von 6 Prozent (wie im Vorjahre) auf die Verkaufspreise und von 10 (8) Prozent auf die Stammpreise vor. Die Württ. Bau N. G. Stuttgart botte einen Verlust von 274 RM. Die Ausschüsse für das neue Wirtschaftsjahr werden als unzulässig bezeichnet.

Märkte

Berliner Märkte vom 6. Dez. Nachdem zwischen gestern und heute die Tendenz mehrfachen Schwankungen ausgesetzt war, und die schwelenden innerpolitischen und wirtschaftlichen Fragen je nach den eintreffenden Meldungen auf die Kurse gewirkt hatten, eröffnete die heutige Börse fast unangetastet. Die Grundstimmung war wieder freundlicher. Trotz verstärkter Nachfrage und etwas leichter Geldverhältnisse wurde jedoch für heute von einer Veränderung der Erde Abstand genommen. Tagesgeld wurde mit 7 1/2-9 Prozent, Monatsgeld mit 8 1/2-9 1/2 Prozent genannt. Anleihen und Ausländer zügte, Wandbriefe freundlich. Da die nicht sehr grobe Nachfrage das Angebot überwiegt, traten fast durchweg kleine Reaktionen ein. Dessen ungeachtet die Markt lag auch international schwächer.

Getreide

Berliner Vordruckmarkt vom 6. Dez. Weizen märk. 237-240, Roggen märk. 229-241, Gerste 220-228, Hafer märk. 202-212, Reis prompt Berlin 213-215, Weizenmehl 31-34,50, Roggenmehl 29-34, Weizenkleie 15-15,25, Roggenkleie 15-15,25, Raps 345-360, Bittorieröl 51-57, fl. Speiseerben 32-35, Futtererben 21-22, Tendenz: schwächer.

Märkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 6. Dezember
 Aufgetrieben waren 26 Ochsen, 25 Bullen, 200 Jungbullen, 198 Jungkälber, 117 Kälber, 893 Rälber, 1820 Schafe, 2 Schafe und 1 Flegel; 11 verkauft blieben 15 Jungbullen.
 Es folgten per 50 Kilo Lebendgewicht:
Ochsen: ausgem. 57-61, vollfl. 50-55, fl. 42-48, ger. gen. 32-40;
Kälber: ausgem. und vollfl. 72-78, fl. 47-50;
Jungbullen: gem. 50-62, ausgem. 51-57, fl. Tiere 45-60;
Rälber: gem. 40-48, ausgem. 30-38, fl. Tiere 20-28, ger. gen. 15-18;
Rälber: feinste Weiß- und beste Sonntagälber 68-72, mittl. 60-67, ger. 50-57;
Schweine: fette über 200 Pfund 67-69, vollfl. von 240-300 Pfund 67-68, vollfl. von 200-240 Pfund 65-67, fl. von 100-200 Pfund 62-65, fl. von 120 bis 100 Pfund 59-62; Sauen 46-58.
 Verkauf des Marktes: mäßig belebt.

Forsheimer Schlachtviehmarkt vom 5. Dez. Aufgetrieben waren 494 Tiere, und zwar: 11 Ochsen, 12 Kälber, 32 Rinder, 12 Färren, 8 Rälber, 419 Schweine. Marktverkauf: Großvieh langsam, Schweine mittelmäßig. Ueberstand: 6 Stück Großvieh. Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1. Sorte 58-61, 2. 54-57, Färren 1. 52-55, 2. und 3. 52-56, Kälber 2. und 3. 40-28, Rinder 1. 60-63, 2. 56-58, Schweine 1. 64-67, 2. 63-66, 3. 60-63.

Forsheimer Pferdemarkt vom 5. Dez. Aufgetrieben waren 116 Pferde, darunter ein Fohlen. Zum Unterschied vom letzten Markt waren gestern in der Hauptsache nur Pferde von Händlern zugeführt: Es wurden folgende Preise gefordert: Schlachtpferde 50-100 M, für leichte Pferde 150-500 M, mittlere 600 bis 1000 M, schwere Arbeitspferde 1100-1600 M. Der Handel war lebhafter als sonst.

Holz

Dornstetten, 6. Dez. (Christbaumverkauf.) Beim Christbaumverkauf am 3. Dezember erlöste das Forstamt Dornstetten für 1200 Fichten 19 3/4 je laufenden Meter, für 1485 Tannen 45 3/4 je laufenden Meter, zusammen 1615 M einschließlich Dauerlohn.

Letzte Nachrichten.

Selbstverwaltung in der Sozialversicherung beantragt
Berlin, 7. Dez. Im Reichstag ist ein demokratischer Antrag eingebracht worden, in dem es heißt: Die Sozialversicherung ist in weitgehendem Umfange von staatlichen Eingriffen und bürokratischer Vorherrschaft zu befreien und der vollen Selbstverwaltung der beteiligten Arbeitnehmer und Unternehmer zu unterstellen. Der Staat soll sich nur ein loses Recht der Oberaufsicht vorbehalten.

Die Botschaft Coolidges an den Kongreß

Washington, 6. Dez. In seiner Jahresbotschaft, die heute im Kongreß verlesen wurde, schlägt Präsident Coolidge die aus seinen Reden der letzten Monate bekannten Maßnahmen zur Fortführung der Verwaltung des Landes in der in den letzten vier Jahren erprobten und wohlbewährten Weise vor. Coolidge befürwortet für die Marine ein mäßiges Bauprogramm. Er betont in diesem Zusammenhang, niemand als Amerika selbst habe zu bestimmen, was es zur Verteidigung benötige. Im übrigen besteht Coolidge auf äußerster Einschränkung aller Ausgaben und erklärt, eine Herabsetzung der Schutzölle sei vollkommen indiskutabel. Als außenpolitisches Ziel der Vereinigten Staaten bezeichnet Coolidge die Förderung des Friedensgedankens. Schließlich empfiehlt Coolidge die Verabschiedung der Borlage über die Freigabe des beschlagnahmten Eigentums.

Die Besprechung über die polnisch-litauische Frage in Genf

Genf, 6. Dez. Ueber die Zusammenkunft der Vertreter Deutschlands, Englands, Italiens und Japans beim französischen Außenminister Briand wurde keine amtliche Mitteilung ausgegeben. In unterrichteten Kreisen verlautet, daß diese Besprechung, die der Prozedur zur Behandlung der polnisch-litauischen Frage galt, die fast einstimmige Auffassung der fünf Staatsmänner ergab und zwar in dem Sinne, daß die Aufhebung des Kriegszustandes zwischen den beiden Ländern dringend erforderlich ist. Man sieht keine Bedenken gegen eine Rechtsverwahrung Litauens. Auch Polen macht keinen Einwand dagegen geltend. Obwohl noch keine Formel gefunden wurde, die bereits die Zustimmung des litauischen Ministerpräsidenten hat, wird nunmehr die polnisch-litauische Streitfrage am Mittwoch nachmittag im Rat zur ersten öffentlichen Behandlung kommen.

Druck und Verlag der W. Riefel'schen Buchdruckerei, Altenbrunn für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Zart.

Unserer heutigen Gesamtauflage liegt ein Prospekt der Firma Werner u. Sohn, Maschinenhandlung und Reparaturwerkstätte in Nagold über „Raumanns Nähmaschinen“ bei.

Württ. Bauern- und Weingärtnerbund.

Am Donnerstag, den 8. d. Mts., vormittags 1/12 Uhr findet in Nagold im Gasth. z. „Traube“ eine **Bauernversammlung** statt mit Vortrag von Dr. Gaeder, M. d. L. über **„Bauernbundsarbeit im Landtag“**

Wir laden alle Landwirte von Nagold und Umgebung herzlich und dringend zu dieser Versammlung ein.
 Der Bez. Vorsitzende:
 Darr-Sulz
 Die Geschäftsstelle Stuttgart.

Haben Sie schon einmal



eine Hausfrau beobachtet, wenn sie den Tisch deckt bei Erwartung von Gästen? Sie werden bemerkt haben, daß sie mit ganz besonderer Sorgfalt das Besteck prüft.

Es gibt auch nichts unappetitlicheres, als Speisen mit einem unschönen Besteck zum Munde zu führen und die Hausfrau tut wohl daran, die darauf achtet.

Ich habe ganz neuartige **Bestecke** hereinbekommen.

Für jede Geschmacksrichtung ist etwas darunter
Louis Schauble, Uhrmacher, Altensteig

Bruchleidende

Eine Erlösung von dauernder Qual ist das berühmte **Spranzband** (Deutsches Reichspatent)

Kein Gummiband, ohne Feder, ohne Schenkelriemen, trotzdem unbedingt zuverlässig, für alle Arten von Brüchen. Letzte vollste Garantie. Glänzende Zeugnisse, auch Heilerfolge. Ärztlich begutachtet. Kein Vertreter ist für alle Bruchleidende (auch für Frauen und Kinder) wieder mit Muster kostenlos zu sprechen morgen Donnerstag nachmittag in Nagold im Hotel „Post“ von 1/2-8 Uhr, am Freitag, 9. Dezember in Altensteig im Gasthof „Grüner Baum“ von 8-11 Uhr.

Der Erfinder und alleinige Hersteller:
Hermann Spranz, Unterkochen, (Württ.)

Von Stufe zu Stufe steigt Ihr Umsatz, wenn Sie Ihre ARTIKEL durch

Der Schlußtag meiner **Spartage** naht, benützen Sie noch am **Markttage** die günstige Gelegenheit in **DAMEN- und KINDER-MÄNTEL** **DAMEN- und KINDER-KLEIDER**

Eugen Schiler, Nagold
 Abt'g. Confektionshaus untere Marktstraße

Anzeigen

in der **Schwarzwälder Tageszeitung** „Aus den Tannen“ empfehlen.





Diese 2

unser hübscher **Einlageschein** in vornehmem Geschenkmachung und die blitzblanke **Heimsparbüchse** sind schöne, praktische **Festgeschenke**

Württ. Landessparkasse

Gegründet 1818
Hauptkasse in Stuttgart, Kanzleistr. 25 u. 36
650 Zweigstellen in allen Teilen des Landes
Zweigstellen in

Altensteig: H. Henßler, Firma Karl Henßler sen.
Berneck: Rentamtman Schwarzmaier
Simmersfeld: J. Fr. Hanselmann, Postagent

W. Forstamt Steinwald
in S. eudestadt.

Nadelstammholz-Verkauf.

(befristet, freihändig).

Aus Staatswald Distrikt I-III u. IX: 749 St. 892 La, 37 Fk, mit Langh. Fm. 305 I., 338 II., 370 III., 222 IV., 149 V., 50 VI. Kl. Sägk.: 46 I., 26 II., 15 III. Kl. in 43 Losen. Schriftliche Angek. wollen in ganzen Proj. der Landesgrundpreise bis spätestens Dienstag, den 13. Dezemb. 1927 nachm. 8 Uhr beim Forstamt eingereicht werden. Losverzeichnis und Angebotsvordrucke von der Forstdirektion W. f. S. in Stuttgart.

Spiegel und Bilder

empfiehlt zu billigsten Preisen in großer Auswahl die

W. Rieker'sche Buchhdl.
Altensteig

Mäntel und Kleider

für Damen, Backfisch und Kinder

zu herabgesetzten Preisen

Chr. Krauss

Elegantes Briefpapier

kauft man in der **W. Rieker'schen Buchhdl., Altensteig.**

Für Winter- und Weihnachtsbedarf

empfehle in nur

guten Qualitäten

Wollwesten, Damen-Jacken, * Pullover Strümpfe und Socken in verschied. Farben Sportstrümpfe, Schals Handschuhe * Woll- und Baumwollgarne Trikotagen, Hemden, Hosen Unterjacken

Stefan Schaible, Nagold

W. Forstamt Hofteit Weißholz-Verkauf.

Am Dienstag den 20. Dezember 1927 nachm. 2 Uhr in Neuweiler, Gasthaus zur Krone auf Staatswald Km. Buchen 61 Schr. 136 Pogl., 29 Anbr., Nadelh. 1 Schr., 282 Anbr. Losverzeichnisse durch die Forstdirektion W. f. S. Stuttgart.

Auslandsdeutscher
erteilt gründlichsten Unterricht in

Englisch und Französisch

Anmeldung, zu richten an
Geßler, Nagold
Neuestr. 18.

Am Markt

großer

Restetage

bei

EUGEN SCHILER, NAGOLD

Abtlg. Aussteuerhaus VORSTADT früher Kaufhaus Jakob Luz

Reste für Kleider, Blusen, Röcke

Reste für Hemden, Beinkleider, Nachtjacken

Reste für Bettbezüge, Halbleinen, Sofaüberzüge

Reste für Schürzen, Gardinen, Hosenzeuge etc.

Enorm billige Preise

durch Anschluß an Großverkauf

Beachten Sie folgenden kleinen Auszug:

bietet Ihnen meine reichhaltige

Spielwaren-Ausstellung

für Mädchen:

Puppen	von 25 Pfg. an
Puppenköpfe	von 25 Pfg. an
Puppenzimmer, Puppentücher, Kaufsäden, Bauernhöfe, Ställe	von Mk. 1.95 an
Puppenmöbel aller Art	von 15 Pfg. an
Puppengerichte aller Art	von 7 Pfg. an
ganze Zimmergarnituren	von Mk. 1.95 an
ganze Küchengarnituren	von Mk. 1.10 an
Puppenpeisefernice	von Mk. 1.10 an
Puppenkaffeeervice	von 25 Pfg. an
Puppenbetten	von 25 Pfg. an
Puppenbilder und Spiegel	von 7 Pfg. an
Küchenschalen	von Mk. 1.25 an
Vorlagen für Handarbeiten	
Schwämme mit Baby	30 Pfg.
Blumentischen	von 90 Pfg. an
Wäschtischgarnituren	25 Pfg.
Puppensoffetten	50 Pfg.
Puppenbetten	25 Pfg.
Wiegen und Kinderwagen	von 35 Pfg. an
Körbe	von 70 Pfg. an
Servierbretter	von 48 Pfg. an

für Knaben:

Pferde aller Größen	von 60 Pfg. bis 6 Mk.
Geispinne	von 50 Pfg. an
Tiere aller Art	von 12 Pfg. an
Aufziehfiguren	von 45 Pfg. an
Autos aller Art	von 25 Pfg. an
Autos m. elektr. Beleuchtung	von Mk. 3.25 an
Eisenbahnen	von Mk. 1.65 an
Bahnhöfe, Schienen, Weichen usw.	20 Pfg.
Baufähren aus Holz u. Stein	von 15 Pfg. an
Gewehre, Säbel, Pistolen	von 40 Pfg.
Werkzeugkasten	von 65 Pfg. bis 10 Mk.
Laubjäger	von Mk. 1.20 an
Dampfmaschinen	von Mk. 2.95 an
Transmissionen	von 60 Pfg. an
Modelle aller Art	von 35 Pfg. an
Dynamomaschinen	von Mk. 1.65 an
Kino und einzelne Filme	von 45 Pfg. an
Mundharmonikas	von 15 Pfg. an
Flöten und Trompeten	von 28 Pfg. an
Zählmaschinen	von 85 Pfg. an
Regelspiele	Mk. 4.75

für kleine Kinder:

Bilderbücher unzerreißbar	35 Pfg.
Stoffpuppen	von 25 Pfg. an
Stofftiere	von 15 Pfg. an
Lebendbären	von Mk. 2.15 an
Schlottern	von 55 Pfg. an
Glockenspiele zum Ziehen	von 30 Pfg. an
Führerhöfe	von 95 Pfg. an
Schiffe	von 15 Pfg. an
Holzfiguren zum Ziehen	von 30 Pfg. an
Drehorgeln	von 10 Pfg. an
Schaukelpferdchen mit Reiter	von Mk. 2.25 an
Karussell mit Musik	von Mk. 1.10 an

Besichtigung ohne Kaufzwang!
Ein Besuch lohnt sich!
Sonntags geöffnet!

gegenüber der „Schwane“

FRITZ HAAG - NAGOLD

gegenüber der „Schwane“

